

Stand: 04.05.2024 09:09:33

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/18779

"Für soziale Gerechtigkeit sorgen: Sonderfonds für bayerische Minijobber auflegen, die wegen der coronabedingten Schließungen keinen Lohn mehr bekommen haben"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/18779 vom 05.11.2021
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/20089 des SO vom 03.02.2022
3. Beschluss des Plenums 18/21114 vom 15.02.2022
4. Plenarprotokoll Nr. 105 vom 15.02.2022



## Antrag

der Abgeordneten **Ulrich Singer, Jan Schiffers, Dr. Anne Cyron, Roland Magerl, Andreas Winhart, Katrin Ebner-Steiner, Ferdinand Mang** und **Fraktion (AfD)**

### **Für soziale Gerechtigkeit sorgen: Sonderfonds für bayerische Minijobber auflegen, die wegen der coronabedingten Schließungen keinen Lohn mehr bekommen haben**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, für geringfügig Beschäftigte, die während des staatlich verhängten Lockdowns ihre Arbeit verloren haben, für bis zu sechs Monate eine Hilfe in der Höhe der erlittenen Einbußen auszus zahlen.

Hierfür ist im nächsten Haushaltsentwurf ein Sonderfonds aufzulegen.

### **Begründung:**

Am 13. Oktober 2021 hat das Bundesarbeitsgericht in einem Grundsatzurteil die Klage einer geringfügig Beschäftigten abgewiesen, die auf Weiterzahlung ihres Lohns durch den Arbeitgeber während der staatlich verordneten, coronabedingten Betriebsschließung geklagt hatte. Nach Ansicht des Gerichts seien die Arbeitgeber nicht verpflichtet, während einer allgemeinen, vom Staat verhängten Betriebsschließung geringfügig Beschäftigte weiterzubeschäftigen und zu bezahlen. Geschäftsschließungen per Corona-Verordnung gehörten nicht zum allgemeinen Betriebsrisiko für Unternehmer. Somit waren Arbeitgeber nicht verpflichtet, Minijobber weiterzubeschäftigen.

Laut Bundesagentur für Arbeit fielen durch die Pandemie deutschlandweit 381 000 geringfügige Arbeitsplätze dauerhaft weg. Anders als Voll- und Teilzeitbeschäftigte, die zum großen Teil mit Kurzarbeitergeld rechnen konnten, waren Arbeitnehmer in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen nicht über die Sozialversicherung abgesichert. Alleinerziehende, Rentner und Studenten, die einen wesentlichen Teil ihres Lebensunterhalts mit einer geringfügigen Beschäftigung sicherten, gingen leer aus. Dagegen konnten selbst Soloselbstständige staatliche Hilfen beantragen; große Unternehmen wie Galeria Karstadt Kaufhof erhielten staatlich abgesicherte Kredite in Millionenhöhe.

Es sind jedoch gerade Menschen mit geringen Einkommen, die auf Minijobs angewiesen sind. Ohne diesen Zuverdienst reicht das Einkommen nicht zum Lebensunterhalt.

Zwar versteht es sich von selbst, dass Arbeitgeber nicht dafür aufkommen können, wenn der Staat über Verordnungen die unternehmerische Freiheit einschränkt und Betriebsschließungen verhängt. Umso mehr ist es eine vordringliche Aufgabe der Politik, auch für Geringverdiener Sorge zu tragen. Ihnen hat die Politik allerdings bisher keine Aufmerksamkeit geschenkt.

Nachdem das Urteil des Bundesarbeitsgerichts klarstellte, dass Arbeitgeber keine Beschäftigungsverpflichtung für Geringverdiener während staatlicher Betriebsverbote haben, steht die Staatsregierung in der Pflicht, Gerechtigkeit herzustellen und den betroffenen Minijobbern einen Ausgleich für die erlittenen Verluste zu gewähren.

Es war die Staatsregierung, die durch ihre Maßnahmen erst die soziale Schieflage ausgelöst hat. Der bisher entstandene Schaden für die Betroffenen ist daher von der Staatsregierung zu kompensieren. Die Gründung eines Sonderfonds ist hierzu das geeignete Mittel.



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie**

**Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Dr. Anne Cyron u.a. und  
Fraktion (AfD)**  
Drs. 18/18779

**Für soziale Gerechtigkeit sorgen: Sonderfonds für bayerische Minijobber aufle-  
gen, die wegen der coronabedingten Schließungen keinen Lohn mehr bekom-  
men haben**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Ablehnung

Berichterstatter: **Ulrich Singer**  
Mitberichterstatter: **Andreas Jäckel**

### **II. Bericht:**

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 55. Sitzung am 2. Dezember 2021 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
  - CSU: Ablehnung
  - B90/GRÜ: Ablehnung
  - FREIE WÄHLER: Ablehnung
  - AfD: Zustimmung
  - SPD: Ablehnung
  - FDP: kein VotumAblehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 119. Sitzung am 3. Februar 2022 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
  - CSU: Ablehnung
  - B90/GRÜ: Ablehnung
  - FREIE WÄHLER: Ablehnung
  - AfD: Zustimmung
  - SPD: Ablehnung
  - FDP: AblehnungAblehnung empfohlen.

**Doris Rauscher**  
Vorsitzende



## **Beschluss**

### **des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag** der Abgeordneten **Ulrich Singer, Jan Schiffers, Dr. Anne Cyron, Roland Magerl, Andreas Winhart, Katrin Ebner-Steiner, Ferdinand Mang** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 18/18779, 18/20089

**Für soziale Gerechtigkeit sorgen: Sonderfonds für bayerische Minijobber auflegen, die wegen der coronabedingten Schließungen keinen Lohn mehr bekommen haben**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

**Markus Rinderspacher**

V. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 3** auf:

### **Abstimmung**

**über Anträge etc., die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen im Hause. Gegenstimmen? – Keine. Die fraktionslosen Abgeordneten sind nicht anwesend. Deshalb haben wir auch keine Stimmenthaltungen. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

### Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses  
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen  
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss  
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss  
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

#### Anträge

1. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
 Situation der Pflegefamilien in Bayern  
 Drs. 18/17207, 18/20131 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

| CSU                                 | GRÜ                                 | FREIE WÄHLER                        | AfD                                 | SPD                                 | FDP                                 |
|-------------------------------------|-------------------------------------|-------------------------------------|-------------------------------------|-------------------------------------|-------------------------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> |

2. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
 Bayerischer Bürgerinnen- und Bürgerrat Klima  
 Drs. 18/18132, 18/20111 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

| CSU                      | GRÜ                                 | FREIE WÄHLER             | AfD                      | SPD                                 | FDP                      |
|--------------------------|-------------------------------------|--------------------------|--------------------------|-------------------------------------|--------------------------|
| <input type="checkbox"/> | <input checked="" type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input checked="" type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |

3. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Zehn innovative Windkraft-Pilotprojekte für verbesserten Vogelschutz  
Drs. 18/18379, 18/20112 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

| CSU                      | GRÜ                                 | FREIE<br>WÄHLER          | AfD                      | SPD                                 | FDP                      |
|--------------------------|-------------------------------------|--------------------------|--------------------------|-------------------------------------|--------------------------|
| <input type="checkbox"/> | <input checked="" type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input checked="" type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |

4. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Matthias Enghuber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Jugendbeteiligung in Bayern weiter voranbringen IV:  
Jugendpolitische Mitwirkung in den Kommunen intensivieren  
Drs. 18/18701, 18/19525 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

| CSU                                 | GRÜ                                 | FREIE<br>WÄHLER                     | AfD                      | SPD                      | FDP                                 |
|-------------------------------------|-------------------------------------|-------------------------------------|--------------------------|--------------------------|-------------------------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> | <input checked="" type="checkbox"/> | <input checked="" type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input checked="" type="checkbox"/> |

5. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Huber, Matthias Enghuber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU  
Jugendbeteiligung in Bayern weiter voranbringen V:  
Wertschätzung des Engagements von Kindern und Jugendlichen  
Drs. 18/18702, 18/20087 (ENTH)

**auf Antrag der FDP-Fraktion**

Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

| CSU                                 | GRÜ                      | FREIE<br>WÄHLER                     | AfD                      | SPD                                 | FDP                                 |
|-------------------------------------|--------------------------|-------------------------------------|--------------------------|-------------------------------------|-------------------------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input checked="" type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input checked="" type="checkbox"/> | <input checked="" type="checkbox"/> |



9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Landesaktionsplan gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit III –  
Bereichsspezifische Maßnahmen: Verwaltung  
Drs. 18/18717, 18/19907 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Fragen des öffentlichen Dienstes

| CSU                                 | GRÜ                                 | FREIE<br>WÄHLER                     | AfD                                 | SPD                                 | FDP                                 |
|-------------------------------------|-------------------------------------|-------------------------------------|-------------------------------------|-------------------------------------|-------------------------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> |

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Landesaktionsplan gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit IV –  
Bereichsspezifische Maßnahmen: Beschäftigung  
Drs. 18/18718, 18/19847 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

| CSU                                 | GRÜ                                 | FREIE<br>WÄHLER                     | AfD                                 | SPD                           | FDP                           |
|-------------------------------------|-------------------------------------|-------------------------------------|-------------------------------------|-------------------------------|-------------------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> | <input checked="" type="checkbox"/> | <input checked="" type="checkbox"/> | <input checked="" type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> ENTH | <input type="checkbox"/> ohne |

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Enthaltung**“ zugrunde zu legen.

11. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Landesaktionsplan gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit V –  
Bereichsspezifische Maßnahmen: Flucht und Migration  
Drs. 18/18719, 18/20117 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

| CSU                                 | GRÜ                                 | FREIE<br>WÄHLER                     | AfD                                 | SPD                                 | FDP                           |
|-------------------------------------|-------------------------------------|-------------------------------------|-------------------------------------|-------------------------------------|-------------------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> ENTH |

12. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Landesaktionsplan gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit VI –  
Bereichsspezifische Maßnahmen: Soziales  
Drs. 18/18720, 18/20088 (A)

**auf Antrag der FDP-Fraktion**

Votum des mitberatenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

| CSU                      | GRÜ                                 | FREIE<br>WÄHLER          | AfD                      | SPD                                 | FDP                      |
|--------------------------|-------------------------------------|--------------------------|--------------------------|-------------------------------------|--------------------------|
| <input type="checkbox"/> | <input checked="" type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input checked="" type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |

13. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Landesaktionsplan gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit VII –  
Bereichsspezifische Maßnahmen: Polizei  
Drs. 18/18721, 18/20061 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

| CSU                      | GRÜ                                 | FREIE<br>WÄHLER          | AfD                      | SPD                                 | FDP                      |
|--------------------------|-------------------------------------|--------------------------|--------------------------|-------------------------------------|--------------------------|
| <input type="checkbox"/> | <input checked="" type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input checked="" type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |

14. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Landesaktionsplan gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit VIII –  
Bereichsspezifische Maßnahmen: Justiz  
Drs. 18/18722, 18/20118 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

| CSU                      | GRÜ                                 | FREIE<br>WÄHLER          | AfD                      | SPD                                 | FDP                      |
|--------------------------|-------------------------------------|--------------------------|--------------------------|-------------------------------------|--------------------------|
| <input type="checkbox"/> | <input checked="" type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input checked="" type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |



